

Für einen „Ratschlag der AKL“ im Herbst Die Partei vom Kopf auf die Füße stellen...

Liebe Genoss*innen,

wir sind der Meinung, dass das Konzept „Für eine neue (verbindende) Klassenpolitik“ von Jürgen für einen Ratschlag der AKL viel Brauchbares beinhaltet. Wenn wir einen solchen Ratschlag machen wollen (und das sollten wir uns sehr gut überlegen), dann ist ein Ort in NRW als größtem AKL-Landesverband gut gewählt. Auch begrüßen wir den Termin gegen Ende 2019.

Allerdings sind wir der Auffassung, dass gerade der Termin nach den Wahlen in 2019 Anlass geben wird, über die Verfasstheit der Partei DIE LINKE zu reden. Möglicherweise wird die Partei sowohl bei der EU-Wahl als auch bei den Wahlen zu diversen Ost-Parlamenten schwach abschneiden. Dies hat viele Ursachen, die wir auf einem Ratschlag erörtern müssten. Die Bundestagsfraktion wird den Rückzug der Vorsitzenden und die Neuwahl zum Vorstand noch verarbeiten. Außerdem sollten Alternativen aufgezeigt werden, wie die Partei aus ihrer Parlaments- und Regierungsfixierung ausbrechen kann und wie sie verlässliche Partnerin im Klassenkampf, in den sozialen Bewegungen, beim außerparlamentarischen Kampf, in den Streiks werden kann.

Uns scheint ein wichtiges Thema für diesen Ratschlag die innerparteiliche Demokratie zu sein: Alte Seilschaften müssen in Frage gestellt werden, Ämterhäufungen müssen kritisiert und zurückgedrängt werden, Parteitage müssten sich an Debatten in der Mitgliedschaft orientieren – sie dürfen nicht einer Selbstinszenierung der Partei- und Fraktionsspitze dienen. Dies sind nur wenige Punkte, die sich aber leicht weiterführen ließen.

Wenn sich das Thema also mehr um die Partei DIE LINKE und ihrer selbstverschuldeten und von vielen beklagten Stagnation drehen soll, dann wäre auch die Zielgruppe anders definiert: Wir würden vorschlagen, dass der Ratschlag in die Partei hineinwirken soll. Die Ansprache erfolgt dann eher an die Genoss*innen der Partei. Dabei werden natürlich expliziert diejenigen angesprochen, die den linken, bewegungsorientierten Flügel repräsentieren. Auch eine Zusammenarbeit mit der Bewegungslinken oder der KPF wären hier wünschenswert. Vertreter*innen der außerparlamentarischen Bewegungen sollten auf dem Ratschlag sehr wohl auch zu Wort kommen. Es ist wichtig von ihnen zu hören, was sie sich von der Partei erhoffen und welche Erwartungen sie haben.

Die Partei wird sich aller Voraussicht nach Ende des Jahres 2019 mit sich selbst beschäftigen, nachdem sie bei Wahlen nicht überzeugend abgeschnitten hat. Dabei darf der linke Parteiflügel nicht ratlos danebenstehen. Wenn der Ratschlag einen Anstoß dazu bringt, dass die Partei-Linke wieder in die Offensive kommt, hat er viel erreicht. Ziel sollte es sein, eine andere innerparteiliche Bündnispolitik hinzubekommen (anders als die Koordinierungstreffen mit KPF und anderen fossilen „Aufstehen“-Linken), die das Kräfteverhältnis innerhalb der Partei wieder in die Richtung Radikalität verschiebt und die Angepasstheit der Reformer zurückweist.

Thies Gleiss und Tim Fürup